

Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei, Rheder Volkszeitung Geschäftsstelle: Bocholt, Kappelstr. 6. Fernsprecher 82 und 87. Verlagsges.: Münster (Westf.) 2. Anholt-Iselburger Zeitung

Nr. 186

Freitag, den 10. Juli

1925

Friedensangebot an Abd el Krim?

Die Vorbereitung der deutschen Antwort auf die Sicherheitsnote.

Berlin, 9. Juli. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Das Auswärtige Amt beschäftigt sich zur Zeit mit der Vorbereitung der deutschen Antwort auf die Briand'sche Sicherheitsnote, die, wie anzunehmen ist, in einigen Tagen beendet sein werden, so daß das Kabinett sich am Montag damit beschäftigen könnte. Die Aussprache im Auswärtigen Ausschusse würde dann frühestens in der Dienstadtung stattfinden. Aus manchen Parteilagern sind gegen das Zentrum heftige Vorwürfe erhoben worden, weil es gegen die von der Opposition gewünschte außenpolitische Aussprache im Plenum gestimmt habe. Man hat geglaubt, daraus nach der Richtung schließen zu können, das Zentrum habe seine außenpolitische Linie verlassen. Das ist durchaus falsch. Wenn sich auch das Zentrum, den außenpolitischen Erwägungen des Reichstanzlers folgend, gegen eine Plenardebatte im gegenwärtigen Augenblicke ausspricht, so ist damit noch gar nicht ein Abweichen von der bisherigen Linie festzustellen. Im Gegenteil ist ja gerade, wie wir versichern können, die jetzt in Aussicht genommene Aussprache im Auswärtigen Ausschusse noch vor Ablehnung der Note auf der Initiative der Zentrumspartei zu führen. Das Zentrum wird jedenfalls den Inhalt der Note eingehend und genau prüfen und erst davon seine Stellungnahme abhängig machen. Wenn die Opposition mit der geforderten außenpolitischen Debatte im Reichstagsplenum mit Recht eine klare Stellungnahme der Deutschnationalen zur Antwortnote und zur Außenpolitik erzwingen wollte, so ist das auch heute noch durchaus möglich, und zwar dadurch, daß man in irgendeiner Form nach der Aussprache im Vorkommensschusse die Parteien, die hinter der Regierung stehen, also auch die Deutschnationalen, an die Verantwortung für die Note bindet. Das wäre u. E. durchaus angebracht.

Die Räumung der Sanktionsstädte.

Gleichzeitig mit der Ruhräumung. w. Paris, 9. Juli. (Tel.) Ein Berichterstatter des „Petit Parisien“ wurde gestern Abend von dem in Paris anwesenden belgischen Minister Vandervelde empfangen. Dieser erklärte, die Räumung des Ruhrgebietes macht eine technische Verständigung zwischen Frankreich und Belgien notwendig. Die Bewegung der Truppen hat schon begonnen, denn die am 11. Januar 1923 von den belgischen und französischen Truppen besetzten Gebiete werden vor dem Termin geräumt werden, der in London bestimmt wurde, also vor dem 16. August. Auf die Frage, ob die Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort auch geräumt würden, antwortete Vandervelde, die Besetzung dieser drei Städte ist eine internationalisierte und nicht eine französisch-belgische, ihre Räumung macht also eine internationalisierte Verständigung notwendig.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt hierzu: Es ist wahrscheinlich, daß diese Frage zwischen Vandervelde und Briand erörtert wird. Es haben bereits Besprechungen hierzu stattgefunden. Es besteht Aussicht auf eine Vereinbarung bezüglich der Räumung dieser drei Städte zur gleichen Zeit bzw. etwa gleichzeitig mit der Ruhräumung.

tu. Düsseldorf, 9. Juli. (Tel.) Heute vormittag traf der Oberkommandierende der Rheinlandarmee in Düsseldorf ein. Man nimmt an, daß er sich über den Stand der Vorbereitungen für die Räumung des Ruhrgebietes informieren will.

Die deutsch-französischen Industrievereinbarungen.

tu. Essen, 9. Juli. (Tel.) Nach der Vertagung der deutsch-französischen Verhandlungen bis zum 15. September ist von den Industriellen, die an dem deutsch-französischen Industrieabkommen beteiligt sind, vereinbart worden, daß vor dem 15. September dieses Abkommen keineswegs in Kraft treten, in der Zwischenzeit aber eine Durchberatung der Angelegenheiten, soweit es sich um die Tariffrage handelt, fortgeführt werden soll. Die Ausführgesellschaften der einzelnen Länder sind nunmehr endgültig festgestellt. Es entfallen zur Ausfuhr nach Deutschland von den 1 750 000 Tonnen Gesamtkontingent auf die Saar 742 240 Tonnen, auf Luxemburg 427 280 Tonnen und auf Französisch-Lo-

thringen 530 300 Tonnen. Die Mengen werden nach der jeweiligen Schwankungszahl der deutschen Rohstoffgemeinschaft (zur Zeit 25 Prozent) festgelegt.

Der päpstliche Nuntius aus Prag abberufen.

tu. Rom, 9. Juli. (Tel.) Nach dem „Osservatore Romano“ hat der Papst den Nuntius auf Grund des Berichts über die Unzufriedenheiten aus Prag abberufen.

w. Wien, 9. Juli. (Drahtb.) Der Konflikt zwischen der tschechoslowakischen Republik und dem Vatikan begegnet in

Das französisch-spanische Marokko-Abkommen unterzeichnet.

tu. Berlin, 9. Juli. (Tel.) Die Pariser Abendblätter veröffentlichten in großer Aufmachung eine Londoner Meldung, nach welcher Frankreich und Spanien Abd el Krim einen Friedensvorschlag gemacht haben sollen. Diese Vorschläge sehen angeblich die Unabhängigkeit der Rifzone mit Ausnahme der von Spanien besetzten Häfen vor unter der Voraussetzung, daß Abd el Krim die Oberhoheit über das Marokko anerkennt.

tu. Madrid, 9. Juli. (Tel.) Das spanisch-französische Marokkoabkommen ist heute morgen unterzeichnet worden. Es verlautet, daß Frankreich sich mit Spanien über gewisse Friedensvorschläge an Abd el Krim geeinigt habe. Der wesentlichste Punkt in den Friedensvorschlägen ist, daß Frankreich und Spanien die Unabhängigkeit des Rifgebietes unter der Bedingung anerkennen, daß Abd el Krim den Sultan von Marokko als höchsten Gewalt anerkennt. Der Sultan von Marokko soll jedoch nicht der Herrscher, sondern lediglich Mandatsinhaber des Rifgebietes sein.

tu. Paris, 9. Juli. (Tel.) In den Pariser Blättern wird das magere Resultat der Konferenz mit Mithobagen aufgenommen. Es sei sehr fraglich, ob Malon die geeignete Persönlichkeit gewesen sei, an dieser Konferenz teilzunehmen. Das Problem von Tanger sei nicht gelöst worden und durch das Friedensangebot werde das Prestige Frankreichs sehr betroffen. Da in den Vorschlägen eine gewisse Anerkennung Abd el Krims liege, werde sich der Sultan von Marokko sicher getroffen fühlen.

Abd el Krims Vorstoß gegen Fez.

tu. Paris, 9. Juli. (Tel.) Abd el Krim ist wieder zu einer groß angelegten Offensive übergegangen, über die der amtliche Heeresbericht folgendes mitteilt: Die Rifleute haben gegen die Uergha-Front zehntausend Mann aufgebieten, die vor allem die treu gebliebenen Stämme in dieser Gegend zum Abfall bestimmen sollen. Es scheint, daß der Feind sein Augenmerk diesmal auf Fez richtet. Taza ist dabei weiter bedroht. Die Bevölkerung ist unruhig und wird von den Franzosen entworfen. Die Räumung von Taza wird weiter fortgesetzt.

Der Sultan von Marokko hat sich von Fez nach Rabat begeben. Der General Colombat ist krankheitshalber nach Fez zurückgekehrt.

Marokko und der Völkerbund.

London, 9. Juli. (Tel.) Chamberlain erklärte gestern im Unterhause, daß er Frankreich und Spanien vorschläge, den Kampf in Marokko vor den Völkerbund zu bringen. Diese Erklärung machte einen ungeheuren Eindruck.

tu. Berlin, 9. Juli. (Tel.) Wie die „Vossische Zeitung“ von London meldet, erhielt nach der gestrigen Kabinettsitzung Chamberlain den Auftrag, eine Note an die französische und an die spanische Regierung zu richten, in der mitgeteilt wird, daß die englische Regierung entschlossen sei, weder in Tanger noch anderwärts irgend einen Schritt zu unternehmen, der geeignet ist, Abd el Krim einen Vorwand dafür zu schaffen, die Neutralität Englands oder den streng neutralen Charakter der internationalen Zone von Tanger anzuzweifeln.

Oesterreich großes Interesse. „Die Stunde“ meldet heute, in Wiener katholischen Kreisen sei aus der Beforgnis heraus, daß eine längere Dauer des Konfliktes das Ansehen der katholischen Kirche auch im Auslande schädigen könne, der Gedanke aufgetaucht, von hier aus eine Vermittlung zwischen den beiden streitenden Parteien herbeizuführen. Von einer Persönlichkeit, die politisch dem Katholizismus sehr nahe steht und durch ihre offizielle Stellung diplomatisch zur Intervention qualifiziert erscheine, werde bereits inoffiziell an den Vorbereitungen für eine derartige Vermittlung gearbeitet.

Deutscher Reichstag.

★ Berlin, 9. Juli. (Tel.)

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Reichstages wird ein kommunistischer Antrag auf Einstellung des Strafverfahrens gegen die kommunistischen Abg. Hedert und Pfeiffer mit 176 gegen 143 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Das Haus tritt dann in die Beratung des Gesetzentwurfes der hinter der Regierung stehenden Parteien über die

Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer

ein. Abg. Simon-Schwaben (Soz.) lehnt den Gesetzentwurf entschieden ab.

Abg. Neubauer (Komm.) erklärt, die kommunistische Partei lehne grundsätzlich jede Massenbesteuerung ab.

Abg. Düll (Dem.) erinnert an die programmatische Erklärung des Reichstanzlers Luther bei seinem Regierungsantritt, daß die die Massen belastenden Steuern abgebaut werden sollten und an die kürzlich beschlossene Herabsetzung der Weinsteuern. In viel größerem Maße aber als Wein sei Tabak ein Bedarfsgegenstand der breiten Massen.

Abg. Horlacher (B. V.) betont, die Bayerische Volkspartei habe zwar die gesamte Vorlage nicht ablehnen wollen, weil sie eine Reihe von Vergünstigungen für Bayern enthielt, hätte aber die darin enthaltenen Tarife abgelehnt. Die neue Vorlage der Regierungsparteien bringe völlige Steuerfreiheit für die kleinen Brauereien unter 1800 Hektoliter.

Abg. Dr. Schöler (Soz.) wendet sich besonders gegen die geplanten Erhöhungen der Tabak- und Bändersteuern, durch die den Tabakarbeitern das Brot genommen werde. Außerdem treffe die Jollerhöhung gerade die billigeren Sorten, also gerade die ärmeren Verbraucher. Diese Jollerhöhung und Steuerpolitik könnten die Sozialdemokraten nicht mitmachen.

Abg. Feher (Wirtsch. Vgg.) unterstützt die Verbesserungen der Vorlage, die den Bierbrauereien zugute kommen würden und auf der anderen Seite einen Rückgang des Tabakverbrauches bringen sollten.

Abg. Henning (völk.) lehnt die Vorlage ab. Man müsse dem deutschen Arbeitnehmer sein Glas Bier und seinen Tabak zu kaufen nicht unmöglich machen.

Die Vorlage wird dann dem Steuerauschuß überwiesen. Der Regierungsentwurf wird vom Finanzministerium darauf zurückgezogen.

Der Regierungsentwurf wird vom Finanzministerium darauf zurückgezogen. Der Gesetzentwurf über den Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag mit Amerika wird dem handelspolitischen Ausschuß überwiesen.

Es stehen dann zwei Verträge mit Polen, einer über die Benutzung von Baulichkeiten in Kurzebrat und einer über Erleichterung im kleinen Grenzverkehr auf der Tagesordnung.

Das Haus stimmt dem erstgenannten Vertrag zu, nimmt aber im Interesse der deutschen Grenzbevölkerung das Abkommen über den kleinen Grenzverkehr in allen drei Lesungen an.

Nachdem noch ohne Debatte in allen drei Lesungen das Gesetz über den Beitritt Deutschlands zum Spitzbergervertrag angenommen wurde, wendet sich das Haus der Weiterberatung des

Haushaltes des Ministeriums für die besetzten Gebiete

zu. Abg. Frau Schiffgens (Soz.) setzt sich für eine sozialdemokratische Entschließung ein, die von der Regierung die sofortige Zurverfügungstellung der erforderlichen Mittel für die im Bauprogramm der Regierung vorgesehenen Wohnungsbauten zur Bekämpfung der Wohnungsnot im besetzten Gebiet wünscht.

Abg. Dr. Ellenbeek (Deutschnat.) wünscht, daß die politischen Gefangenen im besetzten Gebiet bei einer bevorstehenden Räumung nicht vergessen werden und verlangt von der Regierung ein stärkeres Eintreten bei der Reichsbahn für die beim passiven Widerstand geschädigten Eisenbahnen.

Abg. Mollath (Wirtsch. Vgg.) meint, daß die Reichsregierung auch vor allem die unerhörte Steuerlast mildern müsse, wenn sie der Bevölkerung der besetzten Gebiete helfen wolle.

Abg. Talschagen (Soz.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag, der von der Regierung Mittel für die Länder und Gemeinden des besetzten Gebietes zur Behebung der Erwerbslosennot wünscht.

Damit schließt die allgemeine Debatte. In der Einzelberatung wendet sich

Abg. Dorisch-Hessen (Deutschnat.) gegen die Zwangsquartierungen im besetzten Gebiet, die zu den größten Unzufriedenheiten führten.

Dann wird der Haushalt des Ministeriums für die besetzten Gebiete in zweiter Lesung bewilligt.

Das Haus wendet sich der Beratung des Etats des Reichstages

zu. Berichterstatter Abg. Taubadel (Soz.) empfiehlt die im Ausschuß bereits genehmigten Entschlüsse zur Annahme, die u. a. verlangen, geeignete Arbeitsräume für die Abgeordneten, Prüfung der Möglichkeit eines Nebengebäudes zum Reichstagsgebäude, Beschaffung von Freifahrtkarten für die Abgeordneten, für die Postautobuslinien und die Dampferlinien auf dem Bodensee. Außerdem soll geprüft werden, ob für den Reichstag nicht ein Garten geschaffen werden kann. In den Etat ist neu eingeführt ein Titel in Höhe von 30 000 Mark, der zur Verfügung des Reichstagspräsidenten steht. Mit diesen Mitteln soll

der Reichstagspräsident in die Lage versetzt werden, beim Personal des Reichstages Belohnungshäufen auszugleichen und vorübergehende Ausgaben zu decken. Die Abgeordneten sollen ferner noch Freikarten für die Klein- und Lokalbahnen und mehr als bisher Zuschüsse für Benutzung von Schlafwagen erhalten. Der Reichstag will sich auch ein Automobil kaufen und hat sich zu diesem Zwecke 20 000 Mark bewilligt.

Ohne wesentliche Debatte wird der Etat des Reichstages in zweiter Lesung bewilligt.

Ohne Debatte wird eine Novelle über den Verkehr mit Fleisch und Vieh dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. An den Haushaltsausschuss gehen die Mitteilungen des Rechnungshofes.

Es folgt dann die Beratung eines Gesetzentwurfs über die Ausübung des Rechtes zum Tragen einer Militäruniform. Der Entwurf will dem Reichspräsidenten das Recht geben, die Ausübung des Rechtes zum Tragen einer Militäruniform den Personen zu geben, die schon vor Bildung der Reichswehr aus dem militärischen Dienstverhältnis ausgeschieden sind. Dieses Recht soll erlöschen, wenn der Berechtigte wegen eines Verbrechens oder vorläufigen Vergehens rechtskräftig verurteilt ist.

Abg. Kuhnert (Soz.) fragt, ob es der Reichstag in einer Zeit, die für die Beratung der wichtigsten Probleme nicht ausreicht, verantworten könne, sich mit dem Tragen alter kaiserlicher Uniformen zu beschäftigen. Aus der Vorlage spreche der Geist von Potsdam. Die Sozialdemokraten würden sich gegen alle Vorrechte wenden und deshalb auch gegen den Anzug des kaiserlichen Reichspräsidenten.

Reichswehrminister Dr. Götler unterbreitet die rechtliche Schwierigkeit der Materie. Das Recht zum Tragen der Uniform sei für die Angehörigen der Reichswehr festgelegt. Das Recht zum Tragen der Uniform des alten Heeres beruhe schon auf alten Verordnungen. Artikel 129 der Verfassung von Weimar schütze dieses Recht. Um ganz klare Verhältnisse zu schaffen, müsste das vorliegende Gesetz dem Reichstag zugehen. Es sei der verordnete Reichspräsident Ebert, der die Regelung dieser Angelegenheit durch Gesetz gewünscht habe. Der gegenwärtige Reichspräsident habe mit diesem Gesetz noch nichts zu tun gehabt.

Nach längerer, teilweise stürmischer Auseinandersetzung über einen sozialdemokratischen Verfassungsantrag verlagte sich das Haus auf Freitag 13 Uhr. Auf der Tagesordnung steht u. a. das Aufwertungsgesetz. Schluss gegen 19 Uhr.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

W. Berlin, 9. Juli. (Drath.) Über die Besprechung des Reichstages mit den Vertretern der Regierungsparteien verläutet, dass darin festgestellt wurde, bis zum 15. Juli die Aufwertungsfrage in zweiter und dritter Lesung zu erledigen. Da der Steueraussschuss erklärt hat, dass er seine Arbeiten nicht vor dem 21. Juli beenden kann, würden nach dem 15. Juli einige Tage für andere Materien zur Verfügung stehen. Es könnte auch die außenpolitische Debatte in dieser Zeit erfolgen, falls bis dahin die Note abgegangen ist. Wahrscheinlich ist, dass die Steuervorlagen und die Zollvorlage vom 21. bis 25. Juli auf die Tagesordnung der Plenarsitzungen kommen werden. Die Mehrheitsparteien glauben, dass es möglich sein wird, in diesen Tagen die Steuervorlage und die Zollvorlage zu erledigen. In den letzten Tagen des Juli soll die dritte Lesung des Etats erfolgen und zwar in Verbindung mit der geplanten außenpolitischen Debatte. Es ist möglich, dass die Fristen überschritten werden und die Tagung des Reichstages noch bis in den August hinein geht.

Der Agrar-Ausschuss des Reichstages.

W. Berlin, 9. Juli. (Tel.) Der Agrar-Ausschuss des Reichstages behandelte heute die Steuerfragen der Landwirtschaft, ferner die Frage der inneren Preisbildung und der sozialen Auswirkung der Zölle. Es äußerten sich zahlreiche Sachverständige, die aber voneinander durchaus abweichende Gutachten erstatteten.

W. Berlin, 9. Juli. (Tel.) In seiner heutigen Nachmittags-Sitzung nahm der Agrar-Enquete-Unterschied des Reichstages zunächst die amtlichen Aufklärungen des Reichsagrars und des Reichsfinanzministeriums über den gegenwärtigen Stand der Landwirtschaft der Landwirtschaft, sowie über die durch die Synthesenaufwertung einkehrende neue Belastung entgegen. Nach der Erklärung des Referenten des Agrarministeriums stellt sich mit der neuen Veranschlagung die Belastung der Landwirtschaft für 1925 auf insgesamt 84-82, für 1928 auf 99-107, für 1932 auf 129-15 Milliarden. Weiter wandte sich die Beratung der Frage zu, wie sich die Zollerhöhungen sozial auswirken werden. Es sind für diese Erörterungen auch Vertreter des Gesundheitsamtes um ihr Erscheinen gebeten worden. Der Vorsitzende richtete an die Vertreter der Landwirtschaft das Ersuchen, sich als Befürworter der Zölle über diese Wirkungen zu äußern.

1,25 Proz. Umsatzsteuer.

W. Berlin, 9. Juli. (Tel.) Im Steueraussschuss des Reichstages wurde ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, wonach die Umsatzsteuer 1,25 Prozent beträgt. Darauf wurde noch die Herbergssteuer behandelt. Angenommen wurde ein Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, wonach Länder und Gemeinden von dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ab keine eigenen Herbergssteuern mehr erheben dürfen. Darauf vertagte sich der Ausschuss.

Volle Friedensmiete am 1. Oktober?

60 Prozent für den Hausbesitzer, 40 Prozent für den Staat. Kommunale Zuschläge nebensächlich.

Der Vorstand des Landesverbandes Preußen im Reichsbund Deutscher Mieter wurde bekanntlich vor einigen Tagen vom preussischen Ministerpräsidenten Brauns in Gegenwart des Wohlfahrtsministers Hirtfelder, des Finanzministers Dr. Hoyer-Hanckhoff und des Handelsministers Dr. Schreiber, sowie mehrerer Referenten empfangen. Über die Konferenz teilt jetzt der „Westf. Anzeiger“ u. a. folgende Einzelheiten von allgemeiner Bedeutung mit:

Der Landesverbandsvorsitzende, Volkswirt R. D. B. Dient, Berlin, führte aus: Die vom Staatsministerium beschlossene Erhöhung der Hauszinssteuer um 6 Prozent vom 1. August ab und um weitere 6 Prozent vom 1. Oktober d. Js. ab, belastet die unbemittelten Schichten der Bevölkerung schwer. Insbesondere die Höhe zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs dienen sollten; die organisierte Mieterschaft fordert nach wie vor, dass die Mittel der Hauszinssteuer nur für Neubauszwecke verwendet, die Finanzierung des Staates aber auf anderem Wege erfolgen müsse.

Ministerpräsident Brauns erwiderte, dass er nur für das Staatsministerium in seiner heutigen Zusammenkunft sprechen könne. Notgedrungen habe das Staatsministerium die Erhöhung der Hauszinssteuer für Zwecke des allgemeinen Finanzbedarfs beschließen müssen, weil den Ländern durch die Reichsgesetzgebung andere Einnahmemöglichkeiten verschlossen worden seien. Die Miete lasse sich nicht dauernd niedrig halten. Die Erfahrung habe gelehrt, dass die Niedrighaltung der Preise die Produktion behindere. Die Friedensmiete werde aus volkswirtschaftlichen Gründen bis zum 1. Oktober d. Js. erreicht werden müssen. Eine weitere Steigerung sei wohl bis auf weiteres nicht zu befürchten. Jedenfalls müssten die Mieterschaften die Produktionskosten angehoben werden, wobei er allerdings die Auffassung vertritt, dass die Preise heute zu hoch seien und gesenkt werden müssten. Im Reichsrat führe die preussische Regierung nur die

Der Prozeß Angerstein.

Die Vernehmung des Bruders.

W. Bismarck, 9. Juli. (Tel.) Zum heutigen vierten Verhandlungstage sind 30 Zeugen geladen, u. a. auch der Bruder Angersteins, sowie der Untersuchungsrichter Henskeert, der Angerstein gleich nach der Tat als Zeugen vernommen hat. Dieser befand, dass er am Morgen sehr schwer gewesen. Die Möbel waren aus dem verbrannten im Krankenhaus vernommen und als Zeuge vereidigt, da der Arzt glaubte, dass Angerstein nicht mehr lange zu leben habe. Er habe Angerstein auf die Heiligkeit des Eides besonders hingewiesen und betont, dass Angerstein nun bald vor einem höheren Richter stehen werde. Angerstein machte seine Aussagen stehend und unsicher und sagte zum Schluss: „Grüßen Sie meine Frau und sagen Sie ihr, es ginge mir besser und sie solle sich keine Gedanken machen.“

Der Untersuchungsrichter gibt weiter an, dass schließlich der Verdacht gegen Angerstein laut geworden sei und dass er Angerstein die Tat schließlich auf den Kopf zugelegt habe. Der Angeklagte habe ihm nur erwidert: „Ich verstehe Sie nicht.“ Als der Zeuge ihm mitgeteilt habe, dass auch seine Frau unter den Toten sei, habe er ausgerufen: „Meine arme Frau, meine arme Frau.“ Die Tat habe er abgeleugnet. Auch durch die Leichengegenüberstellung habe er sich nicht beeinflussen lassen.

Der nächste Zeuge ist der Polizeiaffizient Wagner, der das Geständnis Angersteins herbeigeführt hat. Als er auf Angerstein eingetreten habe, sei dieser sehr erschrocken gewesen. Als der Zeuge Angerstein aufgefordert habe, ein Geständnis abzulegen, sei Angerstein der Anglistischkeit auf die Stirn getreten. Er habe nur die Worte herausgebracht: „Ich kann nicht.“ Er habe dann Angersteins Bruder kommen lassen. Dem Angerstein habe das Geständnis abgelegt. Als der Bruder an das Bett getreten sei, habe ihn Angerstein mit den Worten empfangen: „Spud aus vor mir.“ Der Zeuge, Polizeist. Richter, war bei dem Geständnis zugegen. Angerstein hätte gesagt: „Alle, die meiner Frau Böses getan haben, mühten sterben. Selbst meine Geschwister hätte ich erschlagen.“ Als der Bruder darauf fragte: „Rik, mich auch?“ antwortete Angerstein: „Dich nicht, du warst immer gut.“

Es folgt dann die Vernehmung des Bruders des Angeklagten, Max Angerstein aus Essen.

Hälfte der preussischen Stimmen, so dass die Abstimmung der Regierung häufig durch die Stimmen der Vertreter der Provinzen aufgehoben wurde.

Wohlfahrtsminister Hirtfelder bestätigte, dass am 1. Oktober d. Js. der Zustand der sein werde, dass 100 Prozent gesetzliche Miete zu zahlen sein werden, und zwar 40 Prozent für den Staat und 60 Prozent für den Hausbesitzer. Auf den Einwand des Stadtverordneten Bick, Weiskens, dass dazu dann noch die Umlagebeiträge kämen, erklärte der Minister, dass es nur zu begrüßen sei, wenn die Gemeinden mit Hilfe von Zuschüssen die Neubautätigkeit förderten und auf diese Weise dem Wohnungsmangel entgegenträten.

Vertagung des preussischen Barmat-Ausschusses.

W. Berlin, 8. Juli. (Tel.) Im preussischen Untersuchungsausschuss Barmat-Kutischer gab vor der Tagesordnung Abg. Kuttner (Soz.) für seine Partei die Erklärung ab, dass über die getriggerte öffentliche Sitzung in der der Presse Mitteilungen gemacht sind, die dem tatsächlichen Verlauf der Vernehmung des früheren Polizeipräsidenten Richter nicht entsprechen. In der „Roten Rahne“ sei behauptet, dass Abg. Heilmann des Meines überführt sei, da er sehr wertvolle Geschenke von Barmat erhalten habe. Heilmann habe niemals befürchtet, von Barmat Geschenke erhalten zu haben, wie sie unter Freunden üblich sind.

Zeuge Tattenbach kommt auf eine in die Millionen gehende Spekulation in Kriegsanleihen zu sprechen, die Barmat im Hochsommer vorgenommen und wobei der Abg. Lange-Hegermann den Vermittler zwischen Barmat und den Verhandlungen des Aufwertungsausschusses gemacht habe.

Der Ausschuss vertagte sich dann bis Ende September.

Die Moskauer Todesurteile.

Schuldbeweis ohne Verteidigung.

W. Moskau, 9. Juli. Auch Rindermann und Wolisch haben in letzter Stunde selbst noch ein Gnadengesuch bei der Union der Sowjets eingereicht. Sie haben sich zu diesem Schritt veranlasst durch die Aussicht auf ihre Eltern, die ihrerseits ein Gnadengesuch eingereicht haben. In diesem Gnadengesuch betonen die Verurteilten erneut ihre Unschuld, entschuldigen sich jedoch wegen ihres Verhaltens im Gerichtssaal. Am Schluss ihres Gnadengesuches schreibt Rindermann wörtlich: „Ich bitte, das Todesurteil aufzuheben. Mein innigster Wunsch ist, mein Leben so einzurichten, dass es der Gnade, um die ich bitte, würdig werde, indem ich nochmals meine Unschuld und Aufrichtigkeit des in mir vorangegangenen inneren Umschwunges und die revolutionäre Vergangenheit meines Vaters betone. Ich reiche dieses Gesuch ergebenst ein, in der Hoffnung auf Nachsicht der Sowjetregierung.“

W. Berlin, 9. Juli. Rechtsanwalt Dr. Freund, der im Auftrag der Reichsregierung an dem Moskauer Prozeß gegen die deutschen Studenten teilgenommen hat, ist in Berlin eingetroffen und hat dem auswärtigen Amt eingehenden Bericht erstattet. Gegenüber einem Mitarbeiter der „A. Z.“ äußerte sich Dr. Freund: Der Hauptgrund der Verurteilung war das Fehlen von Verteidigern. Dadurch ist es zu erklären, dass die Angeklagten, denen die Fähigkeit fehlte, die Prozeßlage zu überblicken und die Zweckmäßigkeit ihrer Aussagen zu erwägen und evtl. die Aussagen überhaupt zu verweigern, von Anfang an in einer prozessual unmöglichen Situation waren. Die drei jungen Leute benahmen sich bei der Verhandlung ungeschickt, forderten durch unkluge Taktlosigkeit das Gericht heraus und nahmen die Richter gegen sich ein, ohne Rücksicht darauf, dass sie dadurch ihre Prozeßstellung verschlechterten. Die Richter selbst beschränkten sich darauf, einen äußerlichen Schuldbeweis durchzuführen zu lassen, der in formaler Hinsicht vielleicht dem Staatsanwalt genügt zu sein scheint, der jedoch völlig unzureichend und ungeschlüssig war. Ob die drei deutschen Studenten durch Mittel der regulären Strafordnung gerichtet werden können, ist recht zweifelhaft, obwohl das russische Prozeßrecht die Möglichkeit der Nachprüfung eines rechtskräftigen Urteils auf dem Aufschub wege kennt. Sollte dieser Weg gewählt werden, so hätten über das Urteil höhere Gerichtsorgane beschließen müssen, der Präsident und der Staatsanwalt, noch einmal zu befinden, ein Rechtsmittel, das recht wenig Aussicht zu gewähren scheint. Trotzdem hat die deutsche Regierung bereits Schritte eingeleitet, um vorerst alle prozessualen Möglichkeiten zu erschöpfen.

W. Moskau, 9. Juli. (Tel.) In einem Interview mit einem Vertreter der „Pravda“ rechtfertigt Jaroslawski, der Vorsitzende

Mar Angerstein, der Bruder des Angeklagten, wird unverdächtig vernommen und macht zunächst Angaben über die Familienverhältnisse. Eine Großmutter mütterlicherseits sei an Typhus gestorben. Der Zeuge gibt an, dass seine Schwägerin an ihrer Krankheit furchbar litt. Zwischen ihr und dem Angeklagten habe eine große Harmonie bestanden. Der Zeuge schildert dann unter großer Bewegung des Publikums sein Wiedersehen mit seinem Bruder im Krankenhaus und schließlich das Geständnis des Angersteins. Der Zeuge spricht mit seinen Lippen hängt, während die Zuhörerschaft lautlos an zusammengefallen, den Kopf in die Hände geklopft und weint. Als der Zeuge zuerst von dem Verdacht gegen Angerstein gehört habe, habe er diesen Gedanken weit zurückgewiesen. Als er dann an das Bett des Angeklagten trat, habe dieser gerufen: „Ich hab's getan! Rühr' mich nicht an!“ Dabei sei sein Auge stier gewesen, sein Blick sei nicht mehr normal gewesen. Der Angeklagte habe sich dann in den Arm des Zeugen gekrallt und gerufen: „Hilfe! Hilfe! Ich komme in die Hölle.“ Der Zeuge schildert dann das Geständnis im einzelnen, das vier Stunden gedauert haben. Angerstein erklärte, er hätte seine Frau nicht mehr leiden sehen können. Als er dann seine Frau tot gesehen habe, habe ihn die Wut gepackt auf alle, die nicht immer auf zu seiner Frau gewesen wären. Nach dieser Zeuenausage beantragt der Sachverständige, Dr. Herbert, Ausschluss der Öffentlichkeit, da er einige Fragen in sexueller Hinsicht stellen wolle. Da der Antrag abgelehnt wird, verzichtet der Sachverständige auf seine Fragen.

In den weiteren Verlauf der Verhandlungen greift Angerstein mehrmals ein; so protestiert er dagegen, dass in dem Protokoll des Sachverständigen angegeben worden sei, dass er während der Vernehmung gelächelt habe. Direktor Generoski weist die von Angerstein gegen die Fa. Van der Zypen erhobenen Vorwürfe energisch zurück. In unlautere Sachen habe der Zeuge sich nicht eingelassen. Weitere Zeugen machen Angaben über die Hauptpläne Angersteins, wonach dieser ein Wohnhaus und eine Scheune bauen lassen wollte. Zeuge Orth, der Angerstein besonders gut kenne, führt aus, dass Angerstein stets viel unter Kopfschmerzen gelitten habe. Jedenfalls habe er unter dem Leiden seiner Frau dauernd gelitten. Ein Versicherungsagent befand, dass sich Angerstein mit 500 000 Mark gegen Feuer versichern ließ. Darauf werden die Verhandlungen auf Freitag vormittag vertagt.

Des Obersten Gerichtshofes, das Moskauer Urteil im Studentenprozeß, fügte aber hinzu, die deutsche Öffentlichkeit werde durch die Vorlegung von Dokumenten und durch Tatsachenaussagen von der Richtigkeit des Urteils überzeugt werden.

Von Nah und Fern.

Der Bauernverein regt über den Landbund.

W. Schneidemühl, 9. Juli. (Tel.) Bei den Landwirtschaftskammerwahlen in den Kreisen Flatow und Schlochau haben dem amtlichen Ergebnis zufolge die Listen des Bauernvereins eine überwältigende Mehrheit erhalten. Die Liste des Landbundes ist im Kreise Flatow mit 800 Stimmen, im Kreise Schlochau mit 300 Stimmen Mehrheit geschlagen.

Dammbruch an der Weichsel.

W. Danzig, 9. Juli. (Drath.) Nach einer aus Dirschau eingetroffenen Meldung ist heute früh bei Starzau gegenüber von Schulitz in der Nähe von Bromberg der Weichseldamm gebrochen. Eine Strecke von 25 Km. bis Alt-Thorn ist überschwemmt. An der Unglücksstelle arbeiten die Thörner Pioniere. Es ist zu befürchten, dass bei Mitternacht in der Nähe von Marienwerder der alte Damm, der ebenfalls unterpflügt ist, durchbrochen wird.

Die amerikanische Hühnerseuche.

W. New York, 9. Juli. (Tel.) Die neue Hühnerseuche in den nördlichen Staaten, verursacht in den letzten beiden Tagen neun Todesfälle.

Die letzten Meldungen.

Geheimrat Dr. Rindorf Ehrenvorsitzender der Ruhrkohlen-A. G. W. Essen, 9. Juli. (Eig. Drath.) In der heutigen Mitgliederversammlung der Ruhrkohlen-A. G. wurde dem Gründer des Rheinisch-Westfälischen Kohlenpaktates, Geheimrat Dr. Rindorf eine ganz außergewöhnliche Ehrung zuteil. Er wurde einstimmig zum Ehrenvorsitzenden mit Sitz und Stimme in allen Ausschüssen ernannt. Zu seinem Nachfolger als Vorsitzender des Aufsichtsrates wurde Generaldirektor Dr. Böger gewählt. Die für heute nachmittags in Aussicht genommenen geschäftlichen Beratungen wurden vertagt. Die feierliche Sitzung gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung der Ehrung und Dankbarkeit für Geheimrat Dr. Rindorf.

Die Verleumdungsfälle Dr. Best's abgewiesen.

W. Berlin, 9. Juli. (Tel.) Im Geschäftsausschuss des Reichstages wurde u. a. der von dem Abg. Dr. Best (Sozialist bei den Wählern) gestellte Antrag auf Aufhebung der Immunität der Abg. Rabenader und Oberhagen (Dnt.) wegen Verleumdung verhandelt. Von dem Reichstagsrat Abg. Hampe (Wirtsch. Bgg.) wurde erklärt, dass der Antrag vollständig undisputabel sei, da er der Reichsverfassung widerspreche, nach der Aussagen von Abgeordneten im Parlament unverfolgbar seien. Der Ausschuss schloß sich der Ansicht des Reichstagsrates einstimmig an.

Weitere Maßnahmen gegen Polen.

W. Berlin, 9. Juli. (Tel.) Durch Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums im Reichsanzeiger wird das Einfuhrverbot für 31 polnische Waren mit Wirkung vom 13. Juli ab auf Mineralöl und dessen Rückstände ausgedehnt.

Markt- und Frankenschuldnottierungen.

h. New York, 9. Juli. (Funktspr.) Schluschkurse der Markt 23,80-82, 100 Franken gleich 4,69 Dollar.

Baumwollnottierungen.

h. Bremen, 9. Juli. (Eig. Drath.) Schlußnottierungen: Okt. 25,55-64; Dez. 25,50-58; Jan. 25,30-40; März 25,40-43; Mai 25,53-56.

h. Liverpool, 9. Juli. (Funktspr.) Umsatz 4000, Import 3600, für den Export 1000. Schlußnottierungen: Loco 13,65; Juli 13,00; August 12,84; Sept. 12,69; Okt. 12,60; Nov. 12,47; Dez. 12,47; Jan. 12,48; Febr. 12,48; März 12,52; April 12,52; Mai 12,55; Juni 12,55.

h. New York, 9. Juli. (Funktspr.) Raum stetig. Schlußnottierungen: Loco 24,30; Juli 23,55-55; August 23,74-74; Sept. 23,79-79; Okt. 23,89-83; Nov. 23,98-24,01; Jan. 23,98 bis 40; März 23,70-70; April 23,83-83; Mai 23,96-96. Zuführen: Atlantik 3000, Golf 3000.

Getreidenottierungen.

h. Chicago, 9. Juli. (Funktspr.) Schlußnottierung: Weizen: Juli 148 1/4, Sept. 144 1/4, Dez. 146, willig; Mais: Juli 100, Sept. 103 1/4, Dez. 86 1/4; Hafer: Juli 45 1/2, Sept. 46, Dez. 48 1/4, willig; Roggen: Juli 97, Sept. 97 1/4, Dez. 101 willig.

Als die Reichstagsmitten ihre Stand im Staatsse den verich ten sollte, diese Forder

5. Januar trage Esfer, die Reichre Belange des Mittel in das Jahr 19

lich vermied sich inzwisch mals war n daß der Einu drei Minite latorische Sische Volksp kommenen A lung", währ lichen Verei traten aust

Man ha tischen Bede tion klar be besondern V und nicht au artfeln und isoben, daß Der Feldzug daß ein groß tellständigen das deutsche i ch das Staat

Die Entu bracht, daß d politisch b Erfolgs de dem Kabinett die Hände de M, daß die tarat im Ka unter der Re iraktion gegen eine Belpredh kanzier und d vom Reichsve von seiten der Staatssekretar wurden, die h ur waren." I den unter dem gebrachten Ge Staatssekretar t rag, der ein Handwerkerf lekten die Ans titel der Nordr aufhob, daß d Sandwerd, von

Die Berat steriums im F gab Veranlassu lam es noch n Problems, we Handwerks en Berichterstat mer (Deutsche unter anderem: fen hinweisen, in einem Mini ungslidde Ro zungsfat noch schen soll." I Reichswirtschaft geführt: Was so haben wir a eingebracht, der Reichswirtschaft Ausbruch, Sta derung aufbebe tischen M ög Daß wir die F weist die Tatla Staatssekretar tung des Hausl bracht wurde, a diese Frage seht an, ob es ein e die betreffende wachsen sein mit qualifiziert ist, u mit denen sie zu Ellenbogen zu g

In diesen E die Ergründung wirtschaftsminis Frage des Staat dung fallen. B haufe eine erneu tern des Handw zu gewinnen. D mit ihm waren Vertreter des R erschieden. Som lichten der S aller bürgerlid nationalen bis z Reichstanzler He Stellen des Sant verwaltungsrecht besondern Staat den, gemacht wo Weg gefunden h mögliche. Die Re dem Handwerk e einer stärkeren ertessen innerha lung schlage sie d ats für das M itte lstand d dem Range eines Der Reichstomm

Ein politischer Erfolg des Handwerks.

Von
Thomas Esser, M. d. R., Eustirchen.

Als die Spitzenorganisationen des Handwerks vor den Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 den politischen Parteien ihre Forderungen an der Reichsregierung vorlegten, stand im Vordergrund das Verlangen nach einem besonderen Staatssekretariat, das die Belange des Handwerks in den verschiedenen Ressorts (Wirtschaft, Arbeit, Finanzen) vertreten sollte. Sämtliche bürgerlichen Parteien sagten zu, sich für diese Forderung einzusetzen zu wollen.

Als erste Forderung des neuen Reichstages trat schon am 5. Januar 1925 die Zentrumsfraktion mit einem Antrag Esser, Nientimp, Sonner und Genossen auf den Plan, der die Reichsregierung ersuchte, „eine besondere Vertretung für die Belange des Handwerks zu schaffen und die dazu erforderlichen Mittel in den Haushalten des Reichswirtschaftsministeriums für das Jahr 1925 einzustellen.“ In diesem Antrag wurde mit Absicht inwieweit bei der Forderung nach einem Staatssekretariat zu sprechen, weil sich inwieweit bei der Forderung nach einem Staatssekretariat (damals war noch das Kabinett Marx am Ruder) ergeben hatte, daß der Einrichtung eines besonderen Staatssekretariats, das für drei Ministerien zuständig sein sollte, unüberwindliche organisatorische Schwierigkeiten sich entgegenstellten. Auch die bürgerliche Volkspartei begnügte sich in ihrem kurz darauf herausgegebenen Antrag mit der Schaffung einer „besonderen Abteilung“, während die später folgenden Anträge der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Union einen „Staatssekretär“ verlangten. Die Deutschnationalen brachten keinen Antrag zu dieser Frage ein.

Man hat es in einzelnen Handwerkerkreisen, die aus politischen Beweggründen aufgeführt wurden, der Zentrumsfraktion stark verübelt, daß sie ihren Antrag auf die Schaffung einer besonderen Vertretung für die Belange des Handwerks bekräftigt und nicht auch den Staatssekretär gefordert hat. In Zeitungsartikeln und Versammlungsreden wurde uns die Schuld zugeschoben, daß die Forderung eines Staatssekretariats scheiterte. Der Forderung gegen das Zentrum hat schließlich so weit geführt, daß ein großer Handwerkerbund des Nordwestens mich als mittelständischen Exponenten der Fraktion beim Reichsverband für das deutsche Handwerk förmlich in Antlitz und Versteck, weil ich das Staatssekretariat zum Scheitern gebracht hätte.

Die Entwicklung der Dinge hat inzwischen den Beweis erbracht, daß die Art, wie das Zentrum die Frage praktisch-politisch behandelte, die richtige war und zu einem großen Erfolg des Handwerks geführt hat. Schon gleich nach dem Kabinettswechsel, der das Reichswirtschaftsministerium in die Hände des Deutschnationalen Neuhäus legte, zeigte es sich, daß die organisatorischen Bedenken gegen ein Staatssekretariat im Kabinett Luther noch viel stärker betont wurden, als unter der Regierung Marx den Sondierungen der Zentrumsfraktion gegenüber gesehen war. Am 20. Februar 1925 fand eine Besprechung der Vertreter des Handwerks mit dem Reichskanzler und dem Reichswirtschaftsminister statt, in der nach dem vom Reichsverband des Handwerks herausgegebenen Bericht von Seiten der Regierung „gegenüber der Forderung nach einem Staatssekretariat sehr erhebliche Bedenken“ geäußert wurden, die hauptsächlich staats- und verwaltungsrechtlicher Natur waren. „Im volksparteilichen Ausschuss des Reichstages wurden unter dem Eindruck der von den Regierungsvertretern vorgebrachten Gegenstände alle Anträge auf Schaffung eines Staatssekretariats abgelehnt und nur der Zentrumsantrag, der eine besondere Stelle für die Vertretung der Handwerkerbelange forderte, angenommen. Gleich darauf lehnten die Anschließungen gegen das Zentrum ein, dem ein Artikel der Nordwestdeutschen Handwerkerzeitung (Nr. 9) die Schuld zuschob, daß die Errichtung eines Staatssekretariats für das Handwerk „vorläufig als gescheitert zu betrachten sei.“

Die Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums im Hauptauschuss und im Plenum des Reichstages gab Veranlassung, die Frage erneut aufzugreifen. Auch hierbei kam es noch nicht zu einer Verständigung über die Lösung des Problems, wenn auch die Bereitwilligkeit, den Wünschen des Handwerks entgegenzukommen, überall vorhanden war. Der Berichterstatter über den Haushalt, der Abgeordnete von Rauter (Deutsche Volkspartei) erklärte im Plenum des Reichstages unter anderem: „Ich möchte meinerseits auf die großen Bedenken hinweisen, die das Vorhandensein zweier Staatssekretäre in einem Ministerium stets mit sich bringt. Das ist eine höchst unglückliche Konstruktion. ... Über die Frage wird beim Ergänzungsausschuss noch zu sprechen sein, in dem die Position noch erscheinbar ist.“ Ich selbst habe in meiner Rede zum Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums am 9. Mai u. a. folgendes ausgeführt: Was zunächst die Frage des Staatssekretärs angeht, so haben wir als erste Partei am 5. Januar 1925 einen Antrag eingebracht, der eine besondere Vertretung des Handwerks im Reichswirtschaftsministerium forderte. Wir haben damals den Ausdruck „Staatssekretär“ nicht verwendet, weil wir diese Forderung aufgeben wollten, sondern um den realen politischen Möglichkeiten Rechnung zu tragen. ... Daß wir die Forderung des Staatssekretärs nicht aufgeben, beweist die Tatsache, daß unter dem Antrag auf Einsetzung des Staatssekretärs der im Haushaltsausschuss während der Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums eingebracht wurde, auch mein Name stand. Wir wollen hoffen, daß diese Frage sehr bald geklärt wird. Es kommt gar nicht darauf an, ob es ein Staatssekretär oder etwas anderes ist, wenn nur die betreffende Persönlichkeit aus langjährigem inneren Wachstum mit den Forderungen und Belangen des Handwerks qualifiziert ist, und wenn sie sich zweitens innerhalb des Ressorts, mit denen sie zu tun hat, durchzusetzen und zu diesem Zweck die Ellenbogen zu gebrauchen weiß.“

In diesen Tagen standen im Hauptauschuss des Reichstages die Ergänzungsausschüsse verschiedener Ministerien, u. a. des Reichswirtschaftsministeriums zur Beratung. Hierbei mußte auch in der Frage des Staatssekretariats für das Handwerk die Entscheidung fallen. Vorher — am 3. Juli — fand im Reichstanzlerhaus eine erneute Besprechung der Reichsregierung mit Vertretern des Handwerks statt, um den Boden für eine Verständigung zu gewinnen. Der Reichstanzler Dr. Luther führte den Vorsitz; mit ihm waren der Reichswirtschaftsminister Neuhäus und Vertreter des Reichsfinanz- und des Reichsarbeitsministeriums erschienen. Vom Handwerk waren außer den führenden Persönlichkeiten der Spitzenorganisationen je ein Vertrauensmann aller bürgerlichen Parteien des Reichstages von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten geladen und anwesend. Der Reichstanzler stellte zunächst fest, daß weder von den leitenden Stellen des Handwerks ein Vorschlag zur Lösung der staats- und verwaltungsrechtlichen Schwierigkeiten, die der Schaffung eines besonderen Staatssekretariats für das Handwerk entgegen ständen, gemacht worden sei, noch, daß die Reichsregierung einen Weg gefunden habe, der die Durchführung dieser Forderung ermöglichte. Die Reichsregierung sei aber nach wie vor entschlossen, dem Handwerk entgegenzukommen, weil sie die Berechtigung einer stärkeren und zusammenfassenderen Vertretung seiner Interessen innerhalb der Regierung anerkenne. Als praktische Lösung schlug sie die Bestellung eines Reichskommissars für das Handwerk und den gewerblichen Mittelstand innerhalb des Reichswirtschaftsministeriums mit dem Range eines Mitglieds des Reichsrates vor. Der Reichskommissar sei als selbständige Stelle des Staatssekretärs

Zusammenbruch der Selbstmordtheorie im Falle Höfle.

Der Obergutachter im Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages, Professor Levin, hat in seinem bereits erwähnten Gutachten sich besonders scharf mit der Selbstmordtheorie auseinandergesetzt, die merkwürdiger Weise die obduzierten Leiche, obwohl das gar nicht deren Amt ist, aufgestellt hatten. Mit aller Deutlichkeit sagte ihnen Professor Levin, daß es dem Gutachter nicht gestattet werden könne, zu sagen, daß die narzotischen Mittel, die Höfle genossen hat, absichtlich oder unabsichtlich eingeführt wurden. Sie konnten das gar nicht wissen, denn die Leiche zeigt das nicht. Ihre Selbstmordtheorie sei sehr voreilig gewesen und keine Korrektur könne den Eindruck verwischen, den diese Angaben hervorgerufen hätten. Ueber den Tablettenfund seien ja ganze Märchen gedichtet worden. Nichts davon sei wahr. Sehr beachtlich ist, daß wegen der bei Höfle in einem Briefumschlag gefundenen Tabletten der Obergutachter den Eindruck nicht abzuwehren vermag, daß diese Tabletten aus dem Lazarett stammten und daß sie in das seit Tagen nicht gemachte Bett vielleicht als Depot geraten wären! Sei es ganz unmöglich, daß Höfle diese Tabletten nur zum Schein genommen, dann ausgespien und sie sich aufbewahrt habe. Das sei vollständig ausgeschlossen. Außerdem habe man ja gehört, wie leicht Tabletten im Lazarett zu haben waren. Alle Annahmen von einer beabsichtigten Selbsttötung und alle Beweisführungen dazu bezieht der Obergutachter auf Verluste mit unaugleichen Mitteln. Die Theorie von der bewussten Selbsttötung werde gestützt auf den Tablettenfund. Der Obergutachter ist der Meinung, daß alles, was Höfle zwischen dem 14. und 18. April ungesetlich an Schlafmitteln erhalten hat, schließlich die Ursache seines Todes bilden mußte. Ein Selbstmörder nehme nach laudenden und aberlaudenden Erfahrungen nach dem Prinzip der größten Sicherheit das, was sich an tödenden Mitteln ihm bietet. Höfle hätte sicher nichts von den Tabletten übrig gelassen, wenn er sich töten wollte. Dr. Höfle konnte aber auch gar nicht diese Tabletten einnehmen, weil er schon lange vorher bewußtlos war. Er war seiner Sinne und er war auch seiner Hände und vor allen Dingen seiner Glieder nicht mehr mächtig. Es ist ganz ausgeschlossen, daß er seine Hände zum Ergreifen des Briefumschlages, zum Herausnehmen der Tabletten und zu ihrer Einführung in den Mund benutzen konnte. Höfle hätte aber auch die Tabletten zerfauen müssen. Aber auch die Raucherzeuge haben schon lange zuvor verfaßt.

So kommt der Obergutachter zu der Überzeugung, daß hier eine bewusste Selbstvergiftung nicht zuzufinden kommen konnte und nicht zuzufinden kommen ist.

Weiter wird die Frage beantwortet, ob es sich um eine Vergiftung in unzurechnungsfähigem Zustande gehandelt habe.

Unmittelbar untergeordnet und werde ermächtigt und beauftragt, alle Handwerkerfragen, auch wenn sie zur Zuständigkeit des Arbeits- und Finanzministeriums gehören, unter Beteiligung dieser Ressorts zu bearbeiten. Die Stelle solle wegen der sich aus ihr ergebenden verwaltungstechnischen Schwierigkeiten mit einem in Fragen des Handwerks und Gewerbes erfahrenen Beamten besetzt werden. Um auch die Männer, die Praxis an der Arbeit des Reichskommissars zu betätigen, soll diesem ein kleiner Ausschuss, der mindestens allmonatlich zusammenzutreten müsse, zur Seite gestellt werden. Dieser Vorschlag fand nach lebhafter Ausprache die einstimmige Billigung aller Vertreter des Handwerks und aller anwesenden Abgeordneten. Bezüglich des Ausschusses beim Reichskommissariat einigte man sich auf sieben Vertreter des Handwerks, die von den Spitzenorganisationen unter Berücksichtigung des Reichstages und des Reichswirtschaftsrats vorgeschlagen und von der Reichsregierung berufen werden sollen.

Dieses Ergebnis der Aussprache trug der Reichswirtschaftsminister am folgenden Tage im Hauptauschuss des Reichstages vor. Ich erklärte namens des Zentrums unsere Zustimmung zu den Vorschlägen, welche schließlich von allen bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten gutgeheißen wurden. In ihrer Bestätigung im Plenum des Reichstages ist nicht zu zweifeln. Alle an den Verhandlungen beteiligten Vertreter des Handwerks waren sich darin einig, daß diese Lösung einen großen politischen Erfolg des Handwerks bedeutet. Daß sie auch eine Bestätigung der bewährten Politik des Zentrums ist, die auf weitergehende unerfüllbare Forderungen verzichtet, um das Erreichbare zu erzielen, sei angesichts der vielen Angriffe auf unsere Haltung in dieser Frage ebenfalls mit Genugtuung festgestellt.

Internationaler Kongreß der christlichen Gewerkschaften.

Am Montag trat in Genf die Internationale Christlich-Sozialer Bergarbeiter-Union, die aus 8 Ländern rund 400 000 Mitglieder zählt, zu ihrem zweiten Kongreß zusammen. Er wurde eröffnet durch Ansprachen des Schweizerischen Nationalrats Scherrer, Präsident des Internationalen Christlich-Sozialen Gewerkschaftsbundes, des Reichstagsabgeordneten Imbusch, des Präsidenten der Bergarbeiterunion und des Reichsministers A. D. Giesberts und Henseler, Beamter des Internationalen Arbeitsamtes. Aus allen Nebenklängen die Sorge um die gegenwärtige Krise im Bergbau und die Anrufung des Internationalen Arbeitsamtes und des Völkerbundes für eine endgültige Befriedung Europas in politischer und sozialer Beziehung.

In der Dienstags-Sitzung wurden die Berichte der Union-leitung entgegengenommen, worauf Reichstagsabgeordneter Imbusch über die Krise im Kohlenbergbau referierte, wobei er zu dem Schluß gelangte, daß nur eine Verständigung der verschiedenen Länder über eine Regelung der Produktion und Verteilung des Abbaues eine befriedigende und dauernde Lösung verspreche. Zur Arbeitszeitfrage sprach sich Imbusch dahin aus, daß die Bergarbeiterfrage Tage an ihrer Forderung der täglich siebenstündigen Arbeitszeit festhalten und sie in allen Ländern mit aller Energie verfolgen müssen.

Weitere Vorträge hielten der Sekretär der Union van Buggenhout (Belgien) über die Lohnverhältnisse und Steger-Oberhausen über die Unfallversicherung und -entschädigung im Kohlenbergbau. Hierauf begann die Diskussion über die Lage der Bergarbeiter in den einzelnen Ländern.

Der Kongreß beendete am Mittwoch seine Arbeiten mit der Annahme verschiedener Resolutionen, in denen die Siebenstundentag für die Unterlagsarbeiter und der Achtstundentag für alle Arbeiter, die über Tage tätig sind, gefordert wird. Zur Besserung der Lage im Kohlenbergbau fordert der Kongreß ein internationales Abkommen, durch das die Kohlenproduktion der verschiedenen Länder vor der gegenwärtigen internationalen Konkurrenz geschützt werden soll.

Zusammentritt des Luftbeirats.

4. Berlin, 8. Juli. (Tel.) Der Luftbeirat der Reichsregierung tritt den Ministern zufolge Mitte nächster Woche zusammen, um zur Luftfahrtnote Stellung zu nehmen. Erst nach dieser Konferenz ist eine weitere Entscheidung der Reichsregierung vorgezogen.

Auch diese Frage bestreitet der Gutachter auf das Entschiedenste. Er weist dabei ebenfalls darauf hin, daß die Gliedmaßen ja überhaupt nicht arbeiten konnten.

Mit größter Schärfe wendet er sich gegen das chemische Gutachten. Die Obduktion habe nichts ergeben, was für eine Vergiftung spräche. Das Ergebnis und das Gutachten des Obduzenten gebe nicht die geringste Bestätigung dafür, daß Höfle sich selbst Gift zugeführt hat. Die chemische Untersuchung habe so viele Lücken und Fehler ergeben, lasse so viel erraten und nicht erraten, daß, so bemerkt der Obergutachter, er beim besten Willen diesem Gutachten nicht die geringste Bedeutung zuschreiben könne. Es sei merkwürdig, wie im ganzen Fall Höfle Fatalitäten über Fatalitäten vorkämen, nicht nur, daß jüst bei entscheidenden Stellen die Erinnerung bei den vernommenen Personen verlaßt. Es stellen sich bei den wichtigsten Fragen immer wieder andere Momente ein, für die der betreffende nicht verantwortlich gemacht werden will. Der Gutachter verweist dabei vor allem auf die Behauptung des Chemikers, daß er unter dem Druck der Staatsanwaltschaft ohne Unterlagen das Gutachten hätte abgeben müssen. Die ganzen Berechnungen des Chemikers wegen des vorgefundenen Luminals hätten keine Bedeutung, denn die Mengen, die gefunden worden seien, könnten absolut keine Vergiftung herbeiführen.

Und so wirft der Obergutachter zum Schluß die Frage auf: Ist auch das getan worden, was wissenschaftliche und ärztliche Erfahrung zu tun gebietet, wenn man überhaupt die Voraussetzung einer Vergiftung angenommen hat? In der Beurteilung des Nichtstuns des Dr. Thiele sei man einstimmig. Nach seinem wissenschaftlichen Ermögen, so führte der Obergutachter aus, würde Dr. Höfle nicht sein schlimmes leibliches Schicksal betreffen haben, wenn vor allem der Arzt als Verwalter eines Stüdes staatlicher Ordnungsgewalt sich um ihn pflichtgemäß gekümmert hätte. Dieser Pflicht scheint er nicht ordnungsgemäß nachgekommen zu sein. Auch der Pflicht einer ordnungsmäßigen Krankenhaltung ist man nicht nachgekommen.

Dr. Höfle ist, so faßt der Obergutachter seine Auffassung zusammen, nicht durch Selbstmord, nicht bewußt oder in einem seinen freien Willen ausschließenden Zustand, nicht durch sein Herz oder durch seine Lunge zugrunde gegangen, sondern weil die ihm mißbräuchlich verabreichten Stoffe auch in langer Nachwirkung dem Herzen die Arbeit verweigert haben.

Auch der von den Deutschnationalen im Ausschuss bestellte Sachverständige, Professor Joachimowski, muß zugeben, daß Höfle heute noch am Leben sein könnte, wenn man ihm nicht eine übermäßige Menge von narzotischen Mitteln gegeben hätte.

Aus Westdeutschland.

× Nienborg, 9. Juli. (Unter der Auflage des Meineides)

stand der Fabrikarbeiter Franz M. aus Nienborg bei Haus vor dem Ministerialen Schwurgericht. Er war bei einer Spinerei als Leiter beschäftigt. Am 15. November p. J. ließ sich in Folge nicht ausreichender Defnung eine Maschine heiß. M. wurde daraufhin, weil auch noch an anderen Tagen die Maschinen nicht ausreichend geschmiert waren, entlassen. Hiergegen klagte er beim Verwaltungsgericht in Gronau eine Klage auf Wiedereinstellung oder Zahlung einer angemessenen Entschädigung an. Bei der dortigen Verhandlung am 25. Februar wurde M. ein Eid dahingehend auferlegt, daß er die Maschinen ordnungsmäßig geölt habe. Diesen Eid leistete der Angeklagte und gewann dadurch die Klage. Nunmehr klagte die Firma die Klage wegen Meineides an. Arbeiter und Meister aus dem Betriebe sagten in der Verhandlung aus, daß der Angeklagte sich Verletzungen bezüglich des Oelens zuschulden habe kommen lassen. Die Verhandlung wurde zwecks Ladung weiterer Zeugen vertagt.

× Kiedlinghausen, 9. Juli. (Die Hardt wieder frei.) Nach einer von der französischen Besatzungsbehörde bei der hiesigen Behörde eingegangenen Nachricht sind die Schließungen in der Hardt am 4. Juli abgebrochen worden und werden nicht mehr aufgenommen, so daß die Hardt von den Ausflüglern in ihrem ganzen Umfange jederzeit wieder betreten werden kann.

× Buer-Ehle, 9. Juli. (Von der Straßenbahn buchstäblich halbtot) wurde hier ein sechsjähriges Kind. Es geriet so unglücklich unter einen Triebwagen der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn, daß ihm die ganze Kopfhaut weggerissen wurde. Um das Kind aus seiner qualvollen Lage zu befreien, mußte der Motorwagen hochgehoben werden.

× Bottrop, 9. Juli. (Ein tübler „Wit“) Drei Burchen im Alter von 17 Jahren übergaben ihrem ahnungslosen Kollegen eine Feuerwerkszigarre. Als das Pulver Feuer fing, explodierte die präparierte Zigarre und die Stichflamme schlug dem Burchen ins Auge. Höchstwahrscheinlich verliert der junge Mann auf dem verletzten Auge das Sehermögen.

× Bochum, 9. Juli. (Plumper Versicherungsbetrug.) Der Kaufmann Joseph Knädel aus Hordel bei Bochum hatte Ende Dezember vorigen Jahres seinen Warenbestand, der nur 3000 Mark betrug, zu 22000 Mark versichern lassen. In der Nacht zum 28. Januar brannte es im Laden des Angeklagten. Der Hausbesitzer sah kurz vor dem Brand, wie der Angeklagte eiligen Schrittes in der Nacht seinen Laden verließ und verschwand. R. hatte sich vor dem Schwurgericht wegen Brandstiftung und Versicherungsbetruges zu verantworten. Er wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

× Kamen, 9. Juli. (Bergmannslos.) Am Montag nachmittag war der Kohlenhauer Heinrich Müller aus Altmethlehe auf der Zeche „Monopol“ auf der dritten Sohle in einem Kohlenstreb beschäftigt. Plötzlich brach das Hangende herein und die niedergehenden Steine klemmten den M. an den Beinen ein. Herbeieilende Kameraden wollten ihn aus seiner gefährlichen Lage befreien, mußten aber das begonnene Rettungsversuch wieder aufgeben, weil der Streb weiter zu Bruch ging und sie in Gefahr gerieten, selbst mit verhängt zu werden. Sie mußten den Bedauernswerten, der den sicheren Tod vor Augen sah, seinem Schicksal überlassen. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich recht schwierig. Obwohl man sich noch längere Zeit mit dem Versuch bemühte, verständigen konnte, gelang es doch erst, ihn am Dienstag mittag, aber leider nur als Leiche, zu bergen.

× Cappelro, 9. Juli. (Uebel zugerichtet) wurde der Kaufmann H. von hier von dem Bergmann B. aus Rangel und dem Zimmermann K. von hier, an einem der vergangenen Abende, als er sich weigerte, mit den Genannten ein Lied politischen Inhaltes anzustimmen. Die Burchen verletzten den H. mit ihren Stöcken mehrere Schläge über den Kopf und bearbeiteten ihn mit einem Schlagstein derart, daß er benutzungslos zu Boden sank. Gegen beide Täter wurde Anzeige erstattet.

× Cappelro, 9. Juli. (Ein zärtlicher Sohn und Vetter.) Als der Bergmann Tr. von hier am vergangenen Freitag widerrechtlich in die Wohnung seiner Mutter drang und dieselbe schimpfte und schandalierte, vertrieb ihm die Mutter die Wohnung. Dieses Vorgehen steigerte die Wut des Sohnes derart, daß er die einzelnen Möbelstücke kurz und klein schlug. Die in der Wohnung anwesenden Schwägerinnen wurden von ihm mit Faustschlägen und Fußtritten bedacht. Erst durch das Erscheinen des zur Hilfeleistung herbeigeeilten Landjägers konnte dem Treiben des Miß-
verhaltens ein Ende gesetzt werden.

Sch
Deut
D

Verlange

Ru
Roth
Eerstklassig
Beste Refer
Genau

AN
Mün
von K

August

P
E

Stückgut
Bahnspedit
Amtliche E
Schiffahrt,

H. C.
Warend
Anthra
Brik
zu den bl
0/05

6/25
Der deutsche
Der beste
Generalve
Automob
schal
Tel. 394. MDR

11

rttschaft. ♦ ♦

Industrie und Volkswirtschaft

Handel,

Handel, Industrie und Volkswirtschaft.

Berliner Devisenkurse.
Die Kurse sind in Billionen Mark angegeben.

Die amtlichen Berliner Kurse	9. 7. Geld	8. 7. Brot	Zutellg.
---------------------------------	---------------	---------------	----------

ser Papiere. Im Devisenhandel lag auch später Oslo sehr matt, dagegen Bukarest gegen gestern befestigt.

Essener Kuxenbörse.

tu. Berlin, 9. Juli. (Tel.) Die Vorgänge während der

h. Essen, 9. Juli. (Fig. Drahtb.) Die Börse nahm nicht den schwachen Verlauf, den man nach den Gründen der gestrigen Börsenschließung erwartet hatte. Die Festigkeit an der Berliner Nachbörse, besonders für Kaliwerte, mit den scharfen Kurssteigerungen, wirkte auch hier einigmaßen ein.

daher Kaliwerte, besonders Kaliaktien. So waren Adler bis

von etwa 800 bis 1000 Bergmannswohnungen ab. Die Bautätigkeit hatte selbstverständlich nur geringen Umfang. 1923 waren eine Reihe Anlagen in Angriff genommen, die aber infolge des Ruhrreinbruchs erst 1924 fertiggestellt werden konnten. Die 1923 begonnenen Beamten- und Arbeiterwohnungen sind 1924 größtenteils fertiggestellt worden. Weitere Wohnungen sind in Angriff genommen und Anfang 1925 fertiggestellt worden. Im übrigen arbeiteten sämtliche Betriebe über Tage normal mit Ausnahme von Mai und Anfang Juni, wo die Belegschaft für Grubenwerb in Höhe von 236 471,80 Mark brachte der Gewerkschaft verhältnismäßig preiszett und in günstiger Lage das Gelände für die künftige Schachtanlage 3/4. Der Betriebsüberschuß beträgt 2 841 384,17 Mk., der wie folgt verwendet wird: Abschreibungen 1 077 454,06 Mk., Steuern, Zinsen und Aufwosten 1 623 905,96 Mk., vorgetragen werden 140 024,15 Mk.

tu. Berlin. 9. Juli. (Tel.) Die Festung

Kölner Wertpapierbörse.
h. Köln, 9. Juli. (Eig. Drahtb.) Die Börse stand noch unter dem Zeichen des gestrigen Beschlusses wegen des Aufwartungsakts

dem Besahen des keistrigen Beschlusses wegen des Aufwertungsbeschlusses. Für Deutsche Anleihen werden die Notierungen ab heute eingestellt. Im Effektenmarkt...

Dortmunder Getreidemarkt.

h. **Dortmund, 9. Juli.** (Eig. Drahts.) Preis per 100 Klg.,
baggongreif Dortmund, in Landungen zu 10—15000 Klg. **Raufhau-**
ter per Zentner. **Inl. Weizen 25—25,5, inf. Roggen 21,5—22,**
inf. Gerste 22,25—22,5, ausl. Weizen 27,5—30, ausl. Roggen 22,5
23,5, ausl. Hafer 20—23, ausl. Gerste 23,5—24, La Plata-
mais 21,22, Cinqcentaine-Mais 23,5—24, Bädermehl 35,5 bis
36, Weizenmehl 32,5—33,5, Roggenmehl 29,25—29,75, Weizen-
mehl 11,75, Raufhaufter manegs, Anmachs nicht.

[illegible]

Schütze deine Familie
durch Beitritt zum
Deutschen Begräbnis- und Lebens-
Versicherungsverein a. G.
Deutscher Herold
unter Reichsaufsicht.
Hauptgeschäftsstelle für das Münsterland.
Münster i. W. Südstr. 4.
Fernr. 2764
Verlangen Sie kostenlose Zusendung unserer
aufklärenden Schriften.



Westfälische Provinzial-Feuersozietät
Münster i. W.
Versicherung
Brand-, Blitz- und Explosionsschäden.
Zeitgemäße Beiträge und Bedingungen.
Vertreter an allen Orten Westfalens.

eben eingetroffen:
4/14 PS. Opel
in allen Typen sofort ab Lager lieferbar.
Fritz Kille,
Münster,
Tel. 2206 u. 2207
Altersteilweg 8
Hamm i. W.
Tel. 1877.
Große Weststr. 12

Heinrich Buschmann
Büro-Maschinen und Möbel,
Fachgeschäft für Bürobedarf
Münster i. W. Bocholt i. W.
Fernr. 196, 210, 3933. Fernruf 643.
Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei
Bedarf von mir Offerte.

W. Randebrock Ww.
Piusallee 3 Münster i. W. Am Mittelhofen 28
Tel. 3 u. 3408 Gegr. 1879
Kohlen Koks Briketts Grudekoks
Brennholz Torf Torfstreu
Alleinvertrieb des berühmten
Landenbrahm-Anthrazit

Jul. Leßmann
Architekt
Münster i. W.
Theisingstr. 4, Tel.

Lichtbild-Werkstätte
Rudolf Opitz
vorm. Rembrandt.
Rothenburg 54 Münster i. W., Tel. 2458.
empfiehlt
Moderne Portrait-Photographie.
Erstklassige Industrie- u. Architektur-Aufnahmen
Beste Referenzen von Behörden und ersten Firmen.
Genau auf Straße und Hausnummer achten.

Fritz Hausmann
Telephon-Bau
Signalanlagen — Telephonanlagen
für Post u. Haus in Kauf und Miete.
Automatic
nach bewährtem System.
Münster i. W. Windthorststr. 8
Tel. 266
Filiale: Bochum i. W. Hermerstr. 21
Tel. 4243

Groß-Dampf-Vulkanisier-Anstalt
Hermann Henkel
Münster i. W.
Reparatur-Werkstatt defekter Reifen,
speziell für Auto und Rad.
Schnelle und prompte Lieferung.
Tag- und Nachtbetrieb.

ANTON STOTTER
Sattler und Polsterer
Münster i. W., Annenstraße 6.
Anfertigung
von Kutsch- und Arbeits-Geschirren,
wie Polstermöbel.

Carl Hochherz
Münster i. W.
Fernruf 30 Rothenburg 2
Korbmöbel
Kinderwagen
Reiseartikel

Spezial-Magnet-Reparaturwerkstatt
Magnet-, Licht- und Anlasser-Anlagen
sämtlicher Systeme,
Einbau, Ersatzteillager, Batterie-Ladestation.
Ing. J. KALVERAM, Münster
Rosenstraße 9. Telefon 1621.

August Peters, Spediteur, Münster i. Westf.
Spedition, Schifffahrt, Lagerung,
Möbeltransport, Möbellastzug,
Privatfahrten mit Dampfkranen und
Elevatoren am Dortmund-Ems-Kanal
Fernsprecher:
Stückgut u. baubem. Lagerung: 221
Bahnspektion und Zollabfertigung: 2530/2
Amliche Druckenwagen: 2269
Schiffahrt, Getreidespedition: 286
Möbeltransport: 120
Elevatorspektion: 3146
Nachhaltung: 2828

„TELOS“
die Zentrale für alle
Kraftfahrzeug-Interessenten!
Zweigniederlassung
Münster i. Westf.
Geschäftsraum: Ludgeristr. 5-6 II
Fernsprecher 1658 u. 1659. Postschließfach 252.

Das führende Haus gediegener
Qualitätsmöbel.
Magazin - Genossenschaft
vereinigter Innungsmeister
Münster i. W. Alter Steinweg 16
Telephon 679.

H. Courcy, Münster i. W.
Warendorferstraße 185. Tel. 230, 2113 u. 2237
liefert nur die besten Sorten
**Anthrazitkohlen, Hausbrandkohlen,
Briketts, Bredkoks, Grudekoks,
Brennholz usw.**
zu den billigsten, zur Zeit geltenden Sommerpreisen.

Paul Weichert
Stempelfabrik
Gravieranstalt
Münster i. Westf.,
Bergstr. 15. Tel. 600.
Besuchen Sie Münster, so
verschumen Sie nicht, das
Kaffeehaus der Dombäckerei
aufzusuchen, wo Sie eine
vorzügliche Tasse Kaffee
für Mk. 0,25 erhalten.
Hauptgeschäft:
Spiekerhof 44.
Filiale: Servatiusplatz 38.

Lichterbeck & Vöping
Kohlengroß- u. Kleinvertrieb
Münster i. Westf.
Hollenbeckerstr. 29
Fernruf 2593

6/25 PS Alfa
Der deutsche Gebrauchswagen!
Der beste seiner Klasse!
Generalvertr.: Westfälisch.
Automobilhandels-gesell-
schaft m. b. H.
Tel. 394. Münster i. W. Rothenstr. 18.

**Spezial-Autolicht und
Magnet-Werkstatt**
Magnet-Licht u. Anlasser
Anlagen sämtl. Systeme
Einbau, Ersatzteillager,
Batterie-Ladestation
Guddorf & Barf.
Münster i. W.
Hafenstr. 18. Tel. 2

August Gerwin
Schlossermeister
Münster, Rothenburg
Kunst- u. Bauschlosserei
Reparaturwerkstatt
Gas- und Wasserleitungen
Markisenanlagen
Maas & Wormstall
Briefordner- u. Kartongefabrik
Münster, Artilleriedepot.
Versandschachteln, Falt-
schachteln, Zuschnitte und
Packungen f. alle Gewerbe-
zweige, Luxuskartongen.

